

N i e d e r s c h r i f t

RAT/005/2010

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Rates der Stadt Rheine
am 18.05.2010**

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder des Rates:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied

Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied
Herr Christoph Kotte	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	fraktionslos	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	Geschäftsführer der Stadtwerke für Rheine
Herr Armin Tilly	Sparkassendirektor (zu TOP 4 - bis 17:30 Uhr)
Herr Franz-Josef Oberfeld	Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft (ztw.)

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Lütkeemeier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7

Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 3
Herr Karl-Heinz Ottenhus	Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung
Herr Helmut Kleine-Bardenhorst	Personalratsvorsitzender
Frau Ursula Hartmann	Stellv. Personalratsvorsitzende
Herr Günter Strauch	Projektmanagement (ztw.)
Frau Michaela Hövelmann	Stellv. Pressesprecherin
Herr Theo Elfert	Schriftführer

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Eingangs verweist sie auf die sehr umfangreiche Einladung zur Ratssitzung und erinnert daran, dass diese vor Einführung des Ratsinformationssystems Session 95-mal hätte gedruckt werden müssen.

Sie bedankt sich bei den Ratsmitgliedern, die durch die Nutzung des Ratsinformationssystems zur erheblichen Reduzierung des Papierverbrauchs bei der Stadt Rheine beigetragen hätten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bezieht Frau Dr. Kordfelder sich auf die gestrige Fraktionsvorsitzendenbesprechung und schlägt vor, die Punkte 13. „Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen für das Jahr 2009“ und 20. „4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 250, Kennwort: Hörstkamp/B 481“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Einstimmig folgen die Ratsmitglieder diesem Vorschlag.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung am 23.03.2010

I - 0:02:40

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 23.03.2010 gefassten Beschlüsse

I – 0:02:55

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

Ferner verweist sie auf die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anfragen und Anregungen, die der Einladung als Anlage beigelegt worden seien.

Herr Niehues bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung zu der Bürgerschaft der Stadt Rheine für Getränkeliieferanten und erklärt, dass die CDU-Fraktion diesen Vorgang für sehr unerfreulich halte. Seine Fraktion mache sich Sorgen, dass die bestehenden Meinungsverschiedenheiten Auswirkungen auf den bestehenden Vertrag mit dem neuen Pächter der Stadthalle haben könnten. Herr Niehues beklagt, dass es die Verwaltung in den letzten Wochen und Monaten trotz mehrfacher Aufforderungen zumindest durch die CDU-Fraktion versäumt habe, die Unstimmigkeiten mit den beiden Firmen durch persönliche Gespräche auszuräumen. Wenn man dann noch berücksichtige, dass die betroffenen Firmen im Bereich des Sponsorings in Rheine aktiv seien, dann wiege der Schaden noch umso höher.

Herr Niehues hält eine solche Vorgehensweise der Verwaltung alles andere als positiv für das Image der Stadt Rheine. Der Imageschaden bestehe nicht nur gegenüber diesen beiden Firmen, sondern auch gegenüber anderen Firmen, die kein Vertrauen mehr zu Aussagen und Mitteilungen der Verwaltung hätten. Hierfür sei die Verwaltung allein verantwortlich. Daher fordere er die Verwaltung nochmals auf, mit den Beteiligten zu sprechen, bevor dieser Schaden noch größer werde.

Herr Roscher entgegnet, dass die CDU-Fraktion die Kausalität des Schadens außer Acht lasse. Sicherlich sei es bedauerlich, wenn Mitarbeiter(innen) der Verwaltung entgegen den bestehenden Vorschriften gegenüber Firmen und anderen Verantwortungsträgern rechtlich nicht einwandfrei handeln würden. Wenn ein Schaden eingetreten sei, sei hierfür aber konkret die Person verantwortlich, die auch tatsächlich gehandelt habe.

Nach seinen Informationen seien zunächst Gespräche von der Verwaltung mit den betroffenen Firmen geführt worden. Erst nach den Gesprächen sei es zum Schriftverkehr gekommen.

Herr Lützkemeier weist zum wiederholten Male darauf hin, dass zwischen 2 Aspekten zu unterscheiden sei, und zwar gehe es zum einen um die Frage der rechtswirksamen Unterzeichnung der Verträge durch die Stadt Rheine und zum anderen um die Frage, ob seitens der Firmen überhaupt Ansprüche gegenüber der Stadt bestünden. Zur letzten Frage vertrete die Verwaltung die Auffassung, dass durch das Insolvenzverfahren der Vorpächterin keine Ansprüche der Firmen mehr gegeben seien. Insofern sei es auch Aufgabe der Verwaltung gewesen, entsprechende von den Firmen gestellte schriftliche Ansprüche schriftlich zurückzuweisen.

3. Informationen

3.1. Äußerungen des FDP-Stadtverbandes zur Entwicklung des Gewerbegebietes Rheine R

I – 0:09:30

Herr Kuhlmann informiert darüber, dass in den letzten Tagen in der Presse und auch im Internet Äußerungen des FDP-Stadtverbandes zur Entwicklung des Ge-

werbegebietes Rheine R zu lesen gewesen seien. Die Argumentationen seien aus Sicht der Verwaltung nicht auf das Flächennutzungsplanverfahren bezogen, sondern auf das Bebauungsplanverfahren. Daher werde die Stadt Rheine keine Stellungnahme zu den dort erhobenen Anschuldigungen und Vorwürfen abgeben, weil dieses im Abwägungsverfahren des Bebauungsplanes einen juristischen Fehler darstellen würde.

Die Verwaltung werde aber im Bebauungsplanverfahren darauf zurückkommen.

3.2. Rückmeldungen auf die Resolution des Rates zur kommunalen Finanzsituation

I – 0:10:45

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die der Einladung beigefügten Stellungnahmen zu der vom Rat der Stadt gefassten Resolution zur kommunalen Finanzsituation und hofft, dass die Fraktionen diese Stellungnahmen bei ihren Statements zur Haushaltssatzung berücksichtigt hätten.

4. Stadtparkasse Rheine - Jahresabschluss 2009 Vorlage: 241 / 10

I – 0:12:00

Die Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse sowie Frau Dr. Kordfelder erklären sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Frau Helmes übernimmt den Vorsitz bei der Abstimmung über Ziffer 1 des Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine

1. erteilt den Organen der Stadtparkasse Rheine gem. § 8 Abs. 2 Buchst. f) Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NRW) für das Jahr 2009 Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. beschließt gem. § 8 Abs. 2 Buchst. g) SpkG NRW den Jahresüberschuss/Bilanzgewinn von 1.588.633,94 Euro wie folgt zu verwenden:

- Entsprechend § 25 Abs. 1 Buchst. c) SpkG NRW wird ein Teilbetrag von 1.338.633,94 Euro in die Sicherheitsrücklage eingestellt.
- Entsprechend § 25 Abs. 1 Buchst. b) SpkG NRW ist ein zweiter Teilbetrag in Höhe von 250.000,00 Euro an den Träger im Sinne von § 25 Abs. 3 SpkG NRW auszuschütten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Rheine GmbH
1) Feststellung des Jahresabschlusses
2) Ergebnisverwendung
3) Entlastung des Aufsichtsrates
Vorlage: 248 / 10

I – 0:17:40

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erklären sich zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages für befähigt und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Frau Helmes übernimmt den Vorsitz bei der Abstimmung über Ziffer 3 des Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Frau Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

1) Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss 2009, abschließend mit einer Bilanzsumme von 40.113 T€, wird in der vorgelegten, von der WIBERA - Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Bielefeld, geprüften Form festgestellt.

Der Konzernabschluss 2009, abschließend mit einer Bilanzsumme von 86.458 T€, wird in der vorgelegten, von der WIBERA - Wirtschaftsberatung AG, Niederlassung Bielefeld, geprüften Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2) Ergebnisverwendung

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates werden der Jahresüberschuss der Stadtwerke Rheine GmbH in Höhe von 181.550,75 € an den Gesellschafter Stadt Rheine ausgeschüttet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3) Entlastung des Aufsichtsrates

a) „Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Rheine GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

b) Die Muttergesellschaft / Dachgesellschaft Stadtwerke Rheine GmbH stimmt zu, dass der Vertreter der Stadtwerke Rheine GmbH / Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH in den Gesellschafterversammlungen der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, Verkehrsgesellschaft der

Stadt Rheine mbH, der Rheiner Bäder GmbH und der RheiNet GmbH, Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot, folgende Beschlüsse fasst:

„Dem Aufsichtsrat der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der Rheiner Bäder GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der RheiNet GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Jahresabschluss 2009 der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Ergebnisverwendung
c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
Vorlage: 239 / 10

I – 0:21:40

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erklären sich zu Buchstabe c) des Beschlussvorschlages für befangen und nehmen im Zuhörerraum Platz.
Frau Helmes übernimmt den Vorsitz bei der Abstimmung hierüber.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2009, abschließend mit einer Bilanzsumme von 8.637.804,41 Euro, wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 16.085,02 Euro wird in das Jahr 2010 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Reiske verweist in diesem Zusammenhang auf den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Antrag zum energetischen Sanierungsbedarf, der als Anlage 1 dieser Niederschrift beigelegt ist.

**7. Beschlussfassung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Rheine für das Jahr 2010
Vorlage: 228/10**

I – 0:27:30

Frau Dr. Kordfelder führt aus, dass sie nach Einbringung des Haushalts vom 2. Februar 2010 dem Rat mit der nun vorliegenden Vorlage nach den zwischenzeitlich erfolgten Beratungen den Minimalkonsens aller Beteiligten vorlege, der hauptsächlich darauf ausgerichtet sei, den Rat und die Stadt in der nächsten Zeit eigenverantwortlich handlungsfähig zu erhalten und die Haushaltssicherung zu vermeiden. Festzuhalten bleibe, dass bei allen Bemühungen in den nächsten Jahren der von allen angestrebte Haushaltsausgleich nicht gelingen werde. Dies sei vor allem der Situation geschuldet – und das sage sie im Konsens mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Städtetag und dem Landkreistag –, dass die Kommunen unterfinanziert seien. Die Kommunen könnten aber ihren umfangreichen Aufgaben nur gerecht werden, wenn ihre finanzielle Leistungsfähigkeit kurz- und langfristig gesichert sei. An dieser Stelle macht Frau Dr. Kordfelder erneut die Forderung nach einer dauerhaften Mitfinanzierung gerade der Soziallasten durch den Bund deutlich. Sicherlich werde diese Frage auch in einer der 7 Arbeitsgruppen der neu eingerichteten Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen auf Bundesebene diskutiert werden. Auf das Ergebnis warte nicht nur sie mit großem Interesse.

Bei der Einbringung des Haushalts im Februar 2010 habe sie von einer Kultur des Maßhaltens gesprochen und die Frage gestellt, was die Stadt selbst in ihrer eigenen Verantwortung für sich tun könne. Sie verliest noch einmal den entsprechenden Passus aus ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts:

„In diesem Zusammenhang fordere ich Sie auf,

1. besinnen wir uns auf unsere Stärken, d. h., sehen Sie das große Ganze (Rheine 2020),
2. bündeln wir unsere Energien und verlieren wir uns nicht im Kleinen (im Sinne von: "Wie wird ein Kreisel ausgestattet ...?"),
3. initiieren wir im Sinne der "Kultur des Maßhaltens" keine neuen Projekte (Rheine 2020 ist schon mit über 300 Einzelprojekten hinterlegt); die Zeiten des "nice to have" sind vorbei, auch wenn ich viel Verständnis habe für das Engagement des Heimatvereins für ein eigenes Heimatmuseum oder den Ruf nach einem weiteren Engagement der Volkshochschule in Mesum in der Alten Josephschule,

4. treten wir ein in eine neue Kommunikation zwischen Stadt und Kreis und versuchen wir im Sinne einer Win-win-Situation gemeinsam Leistung vorzuhalten, und zwar nach wie vor qualitativ hochwertig.“

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf Ptk. 1 des vg. Zitats und erklärt, sie sei der festen Überzeugung, dass zu den besonderen Stärken der Stadt die Verwaltung gehöre, und zwar in der Qualität der Mitarbeiterschaft, in der Loyalität dem Rat gegenüber und in der Motivation, für die Bürger der Stadt Rheine optimale Leistungen vorzuhalten. Mit Blick auf die zum Haushalt, aber auch auf die unter TOP 8 und TOP 34 anstehenden Diskussionen appelliert Frau Dr. Kordfelder nochmals eindringlich an die Mitglieder des Rates, in die Überlegungen zur Gesamtverantwortung für den Haushalt sich auch auf die gemeinsame Fürsorgepflicht von Rat und Verwaltung für die städtischen Mitarbeiter(innen) zu besinnen.

Gerade im Bereich des städtischen Personals hätten es sich Rat und Verwaltung in der Vergangenheit nicht einfach gemacht mit ihren Überlegungen zur Konsolidierung. Die Verwaltung habe dem Rat Konzepte dafür und zur Personalentwicklung vorgelegt, die einvernehmlich verabschiedet worden seien.

Noch heute Nachmittag habe sie ein ausführliches Gespräch mit dem Personalrat zur aktuellen Situation geführt. Mit Blick auf die zu erwartenden politischen Diskussionen um Personalkostenreduzierungen, Kw-Vermerke und Altersteilzeit werde daher im Anschluss an die Reden der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt der Vorsitzende des Personalrates, Herr Kleine-Bardenhorst, eine Stellungnahme abgeben.

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionen.

Die Haushaltsrede der CDU-Fraktion, die als Anlage 2 dieser Niederschrift beigelegt ist, wird von Herrn Niehues vorgetragen.

Die von Herrn Roscher verlesene Haushaltsrede der SPD-Fraktion ist als Anlage 3 dieser Niederschrift beigelegt.

Anschließend trägt Herr Reiske die Haushaltsrede der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, die als Anlage 4 dieser Niederschrift beigelegt ist.

8. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

I – 1:48:00

Da es inzwischen 19:00 Uhr geworden ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den o. g. Tagesordnungspunkt auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

7. Beschlussfassung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Rheine für das Jahr 2010

Fortsetzung:

I – 1:49:00

Herr Holtel verliest die als Anlage 5 dieser Niederschrift beigefügte Haushaltsrede für die FDP-Fraktion.

Anschließend erläutert Herr Kleine-Bardenhorst die von Frau Dr. Kordfelder bereits angekündigte Stellungnahme des Personalrates, die als Anlage 6 dieser Niederschrift beigefügt ist.

Herr Ortel bezieht sich auf die seine Person betreffenden Ausführungen von Herrn Roscher und bringt sein Unverständnis hierüber zum Ausdruck. Er könne nicht verstehen, wie Herr Roscher aufgrund von einseitigen und unvollständigen Informationen eine Beurteilung seiner Situation vornehmen könne. Wer zu moralischen Urteilen komme, sollte sich vorher umfassend informiert haben. Er erinnere sich genau daran, dass er der SPD-Fraktion Anfang des Jahres angeboten habe, das Geschehen, das sich zum Jahresende in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zugetragen habe, aus anderer Sicht zu beleuchten. Leider habe die SPD-Fraktion von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht, sodass er die Ausführungen von Herrn Roscher so hinnehmen werde, zumal er Herrn Roscher keine böse Absicht unterstellen wolle, sondern nur mangelnde Information. Sollte die SPD irgendwann zu einer umfassenden Beurteilung der Situation kommen, werde er ohne Häme eine Entschuldigung annehmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt gemäß §§ 78 – 80 Gemeindeordnung (GO) die als Anlage 7 dieser Niederschrift beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2010 einschließlich der Anlagen in der Fassung des Entwurfes des Haushaltsplanes 2010 unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen und dem Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (§ 84 GO).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei der „Notgemeinschaft“ für die einstimmige Verabschiedung des städtischen Haushalts mit dem Ziel, tatsächlich handlungsfähig zu bleiben. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die folgende Aussage der Bundeskanzlerin vom vergangenen Freitag: „Wir müssen auf Dauer dazu kommen, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben; Deutschland hat das seit langem getan.“

Frau Dr. Kordfelder stellt abschließend fest, dass es am Willen der Verwaltung nicht liegen solle, auch in Rheine zu Einsparungen zu kommen.

Um 19:20 Uhr unterbricht Frau Dr. Kordfelder die Ratssitzung für einen kleinen Imbiss in der Kantine; um 19:45 Uhr eröffnet sie die Sitzung erneut.

9. Gesamtstellenplan 2010
Vorlage: 219/10/1

II – 0:00:00

Frau Dr. Kordfelder erläutert die Vorlage und erinnert daran, dass die Elemente des Systems zur Personalkostenreduzierung mit den Fraktionen des Rates gemeinsam vereinbart und verabschiedet worden seien.

Herr Niehues erklärt, dass es in der heutigen Sitzung um den Stellenplan 2010 gehe. Er regt an, in der Strategie- und Finanzkommission frühzeitig über weitergehende Personalkostenreduzierungen zu beraten. Die CDU-Fraktion werde in der heutigen Sitzung dem Stellenplan zustimmen, aber vorher noch einen Ergänzungsantrag stellen, wonach bis zur Konkretisierung der Einsparungen von 13,5 Stellen bis zum Jahre 2015 alle aus der Altersteilzeitregelung frei werdenden Stellen mit einem Kw-Vermerk zu versehen seien. Er begründet diesen Antrag damit, dass er schon seit 4 Jahren auf diese Konkretisierung durch die Verwaltung warte. Er erinnert daran, dass es vom geplanten Stellenabbau immer noch einen Überhang von 2,5 Stellen gebe, und fast in jeder Fraktionsvorsitzendenbesprechung Einzelanträge von der Verwaltung zur Ausnahme vom externen Einstellungsstopp vorgelegt würden, die sicherlich alle ihre Berechtigung hätten. Der CDU-Fraktion fehle es aber an einer klaren Linie. Solange die Verwaltung das Einsparpotenzial nicht aufgezeigt habe, bestehe die CDU-Fraktion auf die Eintragung von Kw-Vermerke im Stellenplan.

Sobald die Konkretisierung der 13,5 Stellen bzw. der ursprünglichen 17 Stellen durch die Verwaltung erfolgt sei, sei die CDU-Fraktion gerne bereit, die Kw-Vermerke wieder aufzuheben. Sollten sich zwischenzeitlich bei der einen oder anderen Stelle Veränderungen einstellen, sei die CDU-Fraktion ebenfalls bereit, die Kw-Vermerke auszutauschen. Man wolle aber die Entwicklung kennen, gerade vor dem Hintergrund, dass auf Dauer über weit mehr einzusparende Stellen gesprochen werden müsse, als das, was heute Gegenstand der Beratungen sei.

Herr Niehues bittet Frau Dr. Kordfelder, vor Abstimmung über den Beschlussvorschlag den folgenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung zu stellen:

Bis zur Konkretisierung der Einsparung von 13,5 Stellen bis zum Jahre 2015 sind alle frei werdenden Stellen aus der Altersteilzeitregelung mit einem Kw-Vermerk zu versehen.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf die gestrige Fraktionsvorsitzendenbesprechung und macht nochmals deutlich, was es bedeute, die Stellen aus der Altersteilzeitregelung mit einem Kw-Vermerk zu versehen. Es handele sich hierbei u. a. um die Stellen des Leiters und des stellv. Leiters des Fachbereiches 2, um die des Leiters der Rechtsabteilung, um die des Pressesprechers und auch des Kämmerers. Wenn diese Stellen mit einem Kw-Vermerk versehen würden, seien sie beim Ausscheiden der Stelleninhaber ausgelöscht. Der CDU-Antrag habe auch zur Folge, dass die von der CDU-Fraktion beabsichtigte öffentliche Ausschreibung der Fachbereichsleiterstelle 2 nicht erfolgen könne.

Sollte der ergänzende Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zum Tragen kommen, werde sie die Rechtmäßigkeit des Beschlusses prüfen lassen und anschließend ggfls. darauf zurückkommen.

Herr Roscher signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Stellenplan der Verwaltung und stellt fest, Ziel des CDU-Antrages sei es, die Kürzung der Personalaufwendungen nachdrücklich in das Bewusstsein aller zu bringen. Er gibt zu bedenken, dass der Rat aber schon mit dem externen Einstellungsstopp ein entsprechendes Instrument hierfür beschlossen habe. Damit sei jede externe Neueinstellung nur mit Zustimmung der Politik möglich.

Mit einem Entscheidungsvorbehalt zur Aufhebung von Kw-Vermerken, wie die CDU-Fraktion es beabsichtige, erhalte der Rat eine von der Gemeindeordnung nicht gedeckte Personalkompetenz, denn Personalentscheidungen unterhalb der Fachbereichsleitersebene oblägen allein der Bürgermeisterin. Durch den CDU-Antrag würde der Rat in vielen Fällen in die Personalhoheit der Bürgermeisterin eingreifen, was Herr Roscher an einem Beispiel deutlich macht.

Abschließend stellt er fest, dass die SPD-Fraktion dem CDU-Antrag insofern nicht zustimmen werde. Unabhängig davon sei seine Fraktion bereit, Einsparungen im Personalkostenbereich der Verwaltung mitzutragen.

Auch Herr Reiske signalisiert die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Stellenplan 2010 und stellt fest, dass es in der Zielsetzung keinen großen Dissens zwischen den Fraktionen gebe, denn alle Fraktionen einschließlich der Verwaltung seien bestrebt, Personalkosten einzusparen. Dieses sei aber nur durch gemeinsame Wege realisierbar, die man in der Strategie- und Finanzkommission suchen sollte. Von daher appelliere er an die CDU-Fraktion, ihren Antrag zurückzuziehen, denn die Folgen von Kw-Vermerken habe die Bürgermeisterin eingangs mit dem Aufzählen der betroffenen Stellen deutlich gemacht.

Auch sollte der Rat nicht den psychologischen Aspekt eines Kw-Vermerkes für den Stelleninhaber außer Acht lassen.

Herr Holtel merkt an, dass die genannten Sparziele bei den Personalkosten nicht erreicht worden seien, weil die Verwaltung sie bisher nicht aufgezeigt habe. Die FDP-Fraktion wolle diese Sparziele in den nächsten beiden Jahren erreichen, indem die sich aus der Altersteilzeitregelung ergebenden Stellenreduzierungen im Stellenplan deutlich gemacht würden. Seine Fraktion erwarte von der Verwaltung, dass sie dem Rat Stellen aufzeige, die durch die Altersteilzeitregelung zu welchem Zeitpunkt eingespart werden sollten. Dieser Verpflichtung sei die Verwaltung bisher nicht nachgekommen. Insofern sei die Aussage von Herrn Roscher schon korrekt, wenn er behaupte, die Politik greife in die Personalhoheit der Verwaltung ein. Im Übrigen sei es der FDP-Fraktion egal, in welchem Fachbereich die durch die Altersteilzeit frei werdenden Stellen eingespart würden.

Herr Hermeling weist darauf hin, dass die Verwaltung in der Ergänzungsvorlage 45 Stellen aufgezeigt habe, die unter die Altersteilzeitregelung fallen würden. Wenn der Rat heute beschließe, alle durch die Altersteilzeitregelung frei werdenden Stellen mit einem Kw-Vermerk zu versehen, dann würde in den Stellenplan eine entsprechende Anzahl von Kw-Vermerke aufgenommen. Die Verwaltung müsse sich dann aber überlegen, welche konkreten Stellen davon betroffen seien. Werde ein solcher Kw-Vermerk an eine von der Altersteilzeitregelung betroffene Stelle gesetzt, obwohl Rat und Verwaltung sich einig seien, dass diese Stelle unverzichtbar sei, dann gebe es ein rechtliches Problem, weil zum Zeitpunkt der Freistellung des Stelleninhabers die Stelle faktisch nicht mehr existiere.

Ferner gibt Herr Hermeling zu bedenken, dass es in der Verwaltung auch Stellen gebe, durch die Einnahmen erzielt würden. Dazu gehörten z. B. Stellen im Bereich der von Herrn Niehues in seiner Haushaltsrede angesprochenen Bauordnung, die sich selbst durch Baugebühren finanzieren würden. Insofern bringe es der Stadt finanziell nichts, wenn diese Aufgaben an den Kreis übertragen würden.

Herr Hermeling stellt abschließend fest, dass die Verwaltung sich sehr wohl Gedanken gemacht habe, welche 45 Stellen auf Dauer in der Verwaltung eingespart werden könnten. Insofern wäre es nicht korrekt, wenn der Rat versuchen würde, durch Aufhebungsbeschlüsse und Kw-Vermerke in die Organisations- und Personalhoheit der Bürgermeisterin einzugreifen, denn welche Stellen tatsächlich eingespart würden, gehe nicht aus dem Stellenplan hervor; darüber entscheide mit Ausnahme von den Beigeordnetenstellen und der Fachbereichsleiterstellen die Bürgermeisterin in ihrer Organisations- und Personalhoheit.

Frau Dr. Kordfelder erinnert daran, sie habe den Fraktionen gestern angeboten, nochmals vor der Ratssitzung mit der Verwaltung zu sprechen, um einen gemeinsamen Weg zu finden, aus der misslichen Situation gerade im Hinblick auf die Fürsorgepflicht gegenüber den betroffenen Mitarbeitern herauszukommen. Sie bedauere es sehr, dass dieses Angebot seitens der Politik nicht angenommen worden sei.

Herr Niehues entgegnet, der Rat warte nun schon seit 4 Jahren auf eine Entscheidung der Verwaltung, welche Stellen konkret eingespart werden sollten. Insofern müsse man sich nicht wundern, wenn irgendwann der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Verwaltung, wie in diesem Falle, mit den Kw-Vermerken unter Druck gesetzt werde. Sobald die Verwaltung dem Rat Einsparungspositionen für 13,5 Stellen vorlege, könnten aus Sicht der CDU-Fraktion die Kw-Vermerke sofort wieder aufgehoben werden.

Bezüglich des Vorwurfes, die Politik greife mit diesem Instrument in die Personalhoheit der Bürgermeisterin ein, merkt Herr Niehues an, dass die Personalhoheit der Bürgermeisterin nach den gesetzlichen Bestimmungen nur im Rahmen des vom Rat beschlossenen Stellenplanes bestehe. Da der Rat anscheinend nur über die Kw-Vermerke zu der von ihm gewünschten Personalkosteneinsparung kommen könne, sei dieser Weg legitim.

Frau Dr. Kordfelder gibt noch einmal zu bedenken, dass der Rat viele Instrumente zum Controlling, zur Personalplanung und -entwicklung habe. Hierzu würden nicht nur der Stellenplan, sondern auch die Quartalberichte und die regelmäßigen Sitzungen der Strategie- und Finanzkommission zählen. Auch würde in den Fraktionsvorsitzendenbesprechungen über Veränderungen im Personalbereich informiert und gemeinsam entschieden.

Herr Reiske stellt nochmals klar, dass seine Fraktion gemeinsam mit der Verwaltung eine Konsolidierung über den Stellenplan erreichen möchte. Wenn der Rat heute Kw-Vermerke an die von der Altersteilzeitregelung betroffenen Stellen setze, dann sei dieses reine Willkür, um die Verwaltung unter Druck zu setzen. Genauso willkürlich sei es gewesen, die Personalkosten pauschal um 50.000,00 € zu reduzieren, die sich rechnerisch aus der Tarifierhöhung ergeben hätten.

Nach der sich anschließenden Diskussion, an der sich Herr Roscher, Herr Ortel, Frau Dr. Kordfelder und Herr Niehues beteiligen, stellt Herr Mollen den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Aussprache.

Nachdem Frau Dr. Kordfelder festgestellt hat, dass es zu diesem Antrag Einvernehmen gibt, lässt sie über den folgenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, bis zur Konkretisierung der Einsparung von 13,5 Stellen bis zum Jahre 2015, alle frei werdenden Stellen aus der Altersteilzeitregelung mit einem Kw-Vermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen
 19 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

Der Rat der Stadt Rheine beschließt den als Anlagen 8 bis 10 der Niederschrift beigefügten Gesamtstellenplan für das Haushaltsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen
 20 Nein-Stimmen

**10. Änderung in der Besetzung verschiedener Ausschüsse
 - Empfehlungsbeschluss des Seniorenbeirates vom 12. April
 2010
 Vorlage: 230 / 10**

II – 0:31:50

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine beschließen auf Empfehlung des Seniorenbeirates die nachfolgenden Änderungen in der Besetzung folgender Ausschüsse:

Sozialausschuss

Sachkundiger Einwohner

Herr
Horst Erle
Veitstraße 12
48431 Rheine

Vertreter

Herr
Johannes Terhaar
Steinfurter Straße 128
48431 Rheine

Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“

Sachkundiger Einwohner

Herr
Karl Schnieders
Marsenstraße 66
48429 Rheine

Vertreter

Herr
Herbert Stegemann
Hagenstraße 32
48429 Rheine

Bauausschuss

Sachkundiger Einwohner

Herr
Heinz Werning
Overbergstraße 88
48429 Rheine

Vertreter

Herr
Werner Bela
Willers Kamp 9 b
48431 Rheine

Kulturausschuss

Sachkundige Einwohnerin

Frau
Brigitte Burchert
Hildebrandweg 48
48429 Rheine

Vertreter

Herr
Ignatz Holthaus
Nelkenweg 4
48431 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Änderung in der Besetzung verschiedener Ausschüsse
- Empfehlungsbeschluss des Beirates für Menschen mit Behinderung vom 15. April 2010
Vorlage: 231/10**

II – 0:32:10

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine beschließen auf Empfehlung des Beirates für Menschen mit Behinderung die nachfolgenden Änderungen in der Besetzung folgender Ausschüsse:

Sozialausschuss

Sachkundiger Einwohner

Herr
Thalmann, Heinz
Dorotheenweg 23
48431 Rheine

Vertreterin

Frau
Paus, Barbara
Runde Straße 11
48431 Rheine

Stadtentwicklungsausschuss „Planung und Umwelt“

Sachkundiger Einwohner

Herr
Wewer, Wilfried
Verdistraße 39
48431 Rheine

Vertreter

Herr
Wellen, Hermann-Josef
Breite Straße 45
48431 Rheine

Bauausschuss

Sachkundiger Einwohner

Herr
Meier, Claus
Talstraße 25
48431 Rheine

Vertreter

Herr
Albers, Ludger
Wasserstraße 62
48431 Rheine

Schulausschuss

Sachkundige Einwohnerin

Frau
Barnes, Heike
Am Dorfplatz 2
48432 Rheine

Vertreter

Herr
Albers, Ludger
Wasserstraße 62
48431 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 12. Benennung einer Vertreterin / eines Vertreters des Stadtteilbeirates Bentlage / Wadelheim / Wietesch / Schleupe für die LWL-Maßregelvollzugsklinik Rheine
Vorlage: 245 / 10**

II – 0:32:35

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine schlägt dem Gesundheits- und Krankenhausausschuss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) vor, Herrn Dr. Jürgen Niem, Steinburgweg 4, 48431 Rheine, als Vertreter des Stadtteilbeirates Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe für den Beirat der Maßregelvollzugsklinik Rheine zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 13. Entschädigungsregelung für den Migrationsbeauftragten
Vorlage: 229 / 10**

II – 0:33:05

Beschluss:

Der Rat der Stadt fasst folgenden Beschluss:

1. Dem Migrationsbeauftragten der Stadt Rheine wird gem. § 33 GO ein monatlicher pauschaler Auslagenersatz in Höhe des Betrages eines Sitzungsgeldes für einen sachkundigen Bürger entsprechend § 2 Ziff. 1 der Entschädigungsverordnung NRW gezahlt.

Darüber hinaus werden ihm die Auslagen für genehmigte dienstliche Reisen, wie z. B. für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, gegen Vorlage entsprechender Nachweise erstattet.

2. Der stellvertretenden Migrationsbeauftragten werden die ihr entstehenden Auslagen gem. § 33 GO gegen Vorlage entsprechender Nachweise erstattet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen für das Jahr 2009
Vorlage: 242 / 10

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

15. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 und Entlastung der Bürgermeisterin
Vorlage: 247 / 10

II – 0:33:40

Frau Dr. Kordfelder erklärt sich zu Ziff. 3 des Beschlussvorschlages für befangen;
Frau Helmes übernimmt bei der Abstimmung hierüber den Vorsitz.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine nimmt das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt gem. § 96 Abs. 1 GO NRW sowohl die Feststellung der Jahresabschlusses 2006 in der Fassung vom 22.03.2010, wie er den Prüfungen durch den Rechnungsprüfungsausschuss und der Örtlichen Rechnungsprüfung vorlag, als auch die Verrechnung des Jahresfehlbetrages in Höhe von 17.491.898,11 € mit der Ausgleichsrücklage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Die Ratsmitglieder der Stadt Rheine beschließen gem. § 96 Abs. 1 GO die Entlastung der Bürgermeisterin hinsichtlich der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2006.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen zur Förderung der Kulturarbeit in Rheine
Vorlage: 226 / 10

II – 0:36:10

Herr Roscher führt aus, dass die SPD-Fraktion sich nochmals mit der Angelegenheit intensiv auseinandergesetzt habe. Dabei sei man zu der Auffassung gekommen, dass es nicht richtig sein könne, wenn der Kulturausschuss über die Bezeichnung von Straßen und Plätzen entscheide, nicht aber über die Vergabe von Fördermitteln bis zu 7.500,00 €. Es könne nicht sein, dass die Entscheidung über die Vergabe von Fördermitteln bis zu dieser Summe allein der Verwaltung vorbehalten bleibe. Insofern würde seine Fraktion dem Beschlussvorschlag heute nicht zustimmen.

Frau Marji schließt sich den Ausführungen von Herrn Roscher an und erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich deshalb der Stimme enthalten werde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Kulturausschusses die der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen zur Förderung der Kulturarbeit in Rheine.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	25 Ja-Stimmen
	15 Nein-Stimmen
	5 Stimmenthaltungen

17. Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Vorlage: 240 / 10

II – 0:38:45

Herr Reiske erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und erklärt, dass die Stadt Rheine an den Kosten des Klosters Gravenhorst mit 20 % über die Kreisumlage beteiligt sei. Insofern stelle sich die Frage, warum sich der Kreis nicht an den Kosten für das Kloster Bentlage beteiligen solle. Es bestehe daher dringender Gesprächsbedarf nicht nur bezüglich einer Kostenbeteiligung am Kloster Bentlage, sondern auch zur Kreisleitstelle, dem Berufskolleg und des Arbeitslosengeldes II mit dem Landrat.

Frau Dr. Kordfelder merkt hierzu an, dass solche Gespräche besser zu führen seien, wenn es hierzu einen politischen Auftrag gebe. Die Themen seien schon mehrfach Gesprächsgegenstand beim Landrat gewesen.

Herr Niehues weist darauf hin, dass der Antrag der GRÜNEN von falschen Voraussetzungen ausgehe. Der Kreis sei nicht am Kloster Gravenhorst beteiligt, sondern er sei der Eigentümer des Klosters, ebenso wie die Stadt Rheine Eigentümerin des Klosters Bentlage sei. Der Antrag der GRÜNEN wäre dann konsequent gewesen, wenn man darin die Übertragung des Klosters Bentlage an den Kreis gefordert hätte.

Ebenso gefalle ihm auch der Duktus im Beschlussvorschlag nicht, denn seines Erachtens stehe es dem Rat der Stadt Rheine nicht zu, den Kreis zu etwas aufzufordern. Eine solche Wortwahl sei bei den anstehenden Gesprächen mit dem Kreis alles andere als dienlich.

Seit Jahrzehnten werde die Diskussion geführt, ob man den Kreis Steinfurt nicht stärker in Bentlage einbinden könne. Unabhängig von den Eigentumsverhältnissen beteilige sich der Kreis an verschiedenen Maßnahmen des Klosters, wie z. B. bei der Kreuzherrenausstellung oder beim Marketingkonzept. Wenn der Beschlussvorschlag auf der Vorlage nicht geändert werde, werde die CDU-Fraktion diesen ablehnen.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahin gehend abzuändern, dass die Verwaltung beauftragt werde, mit dem Kreis weiter gehende Gespräche im gewünschten Sinne zu führen.

Herr Reiske kann sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, weil die Zielsetzung nicht geändert werde und die Belange der Stadt Rheine gewahrt blieben.

Auch Frau Helmes hält es für sinnvoll, wenn Gespräche geführt würden, um dadurch zusätzliche Mittel für die Stadt Rheine einzuwerben. Dieses müsse aber mit dem nötigen Fingerspitzengefühl erfolgen, denn der Kreis beteilige sich immerhin mit 25.000,00 € an der Kreuzherrenausstellung. Die Stadt Rheine sollte daher bemüht sein, das gute Verhältnis mit dem Kreis beizubehalten, denn auch die Einbeziehung des Klosters Bentlage in das Marketingkonzept des Kreises sei für die Stadt von großem Vorteil und kostenlos.

Herr Ortel bezieht sich auf den Beschlussvorschlag und wundert sich über den Umgangston, der anscheinend zwischen der Stadt und dem Kreis Steinfurt herrsche. Er könne allerdings mit dem umformulierten Beschlussvorschlag leben, damit sich der Kreis „in angemessener Höhe“ an den Kosten für das Kloster Bentlage beteilige.

Auch Herr Niehoff und Herr Roscher erklären sich mit dem umformulierten Beschlussvorschlag einverstanden, wobei Herr Roscher nochmals daran erinnert, dass es Aussagen von Kreistagsmitgliedern gebe, die sich darüber gewundert hätten, dass bislang noch nie ein Antrag auf Kostenbeteiligung für das Kloster Bentlage an den Kreis seitens der Stadt Rheine gestellt worden sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, weitere Gespräche mit dem Kreis Steinfurt dahin gehend zu führen, dass dieser sich an den Aufwendungen des Klosters Bentlage in angemessener Höhe beteiligt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Wechsel in der Trägerschaft der Berufskollegs in der Stadt Rheine - Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: 246 / 10

II – 0:50:55

Herr Roscher erläutert den Antrag der SPD-Fraktion und erklärt, dass seine Fraktion mit dem 2-stufigen Beschlussvorschlag einverstanden sei.

Herr Niehues hält die Vorlage nicht für schlüssig, denn ein Teil der Vorlage sei mit dem Beschlussvorschlag nicht konform. Wahrscheinlich habe jemand die Vorlage erstellt und jemand anderes den Beschlussvorschlag geändert. Der Beschlussvorschlag sei auch nicht 2-stufig, wie von Herrn Roscher festgestellt, sondern alternativ.

Ferner stellt Herr Niehues fest, dass vieles noch unklar sei. So wisse man noch nicht, wie der RP sich in dieser Angelegenheit verhalten werde. Insofern wäre es doch zweckmäßig, zunächst das Gespräch mit dem RP abzuwarten. Ferner gebe es 2 gegensätzliche Rechtspositionen zwischen den Rechtsvertretern der Stadt und des Kreises. Entscheidend sei, welche Rechtsauffassung der Regierungspräsident teile. Was sei denn, wenn der Auslöser für den geplanten Trägerwechsel, nämlich die unterschiedliche Förderhöhe, im nächsten Jahr korrigiert werde. Dann habe der Kreis wahrscheinlich überhaupt kein Interesse mehr, die Berufskollegs zu übernehmen. Wenn dann die Förderhöhe für Kreis und Stadt wieder gleichwertig sei, stelle sich zumindest für die CDU-Fraktion die Frage, ob die Stadt dann noch die Motivation habe, die Berufskollegs abzugeben. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass ein Wechsel in der Trägerschaft nicht nur einen Schilderwechsel zur Folge haben werde; es würden damit auch grundsätzliche Änderungen einhergehen, denn der Kreis sehe doch die Strukturveränderungen, die sich durch die Berufskollegs für Rheine positiv und für andere Kreisschulen negativ ausgewirkt hätten. Da liege die Vermutung doch sehr nahe, dass nach einem Trägerwechsel bestimmte Entwicklungen von Rheine auf andere Kreisschulen verlagert würden, insbesondere dann, wenn dort auch noch freie Kapazitäten vorhanden seien.

Herr Niehues empfiehlt im Falle eines Trägerwechsels, auch einmal die Konsequenzen für die Schüler zu berücksichtigen und für die Wirtschaft in dieser Region. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussion bezüglich der Mathias-Fachhochschule, die sich mit dem Berufskolleg auf eine Lösung verständigt habe, die aber seitens des Kreises sehr wohlwollend mit kritischen Tönen begleitet worden sei.

Herr Niehues richtet an die SPD-Fraktion die Frage, wie sich dieses Verhältnis weiterentwickeln würde, wenn der Kreis die Trägerschaft der Berufskollegs übertragen bekäme. Er, Niehues, glaube, dass für den Fall, wenn der Kreis die Berufskollegs übernehme, die Stadt Rheine dieses nicht verhindern könne. Wenn dieser Fall eintrete, dann könne aus Sicht der CDU-Fraktion nur der Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 zum Tragen kommen.

Da es aber noch eine ganze Menge offener Fragen gebe, stellt Herr Niehues für die CDU-Fraktion den Antrag, in der heutigen Sitzung nur Punkt 2 des Beschlussvorschlages zu beschließen und Ziffer 1 zurückzustellen. Erst wenn das Gespräch mit dem Regierungspräsidenten geführt worden und die juristische Beurteilung geklärt sei, müsse man ggf. erneut über Punkt 1 des Beschlussvorschlages sprechen.

Er bittet die Verwaltung, bis zu den Sommerferien einen Gesprächstermin mit dem Regierungspräsidenten, dem Landrat und der Bürgermeisterin zu vereinbaren und danach die Angelegenheit dem Rat erneut zur Entscheidung vorzulegen.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass sie die Fraktionen in dieser Angelegenheit immer auf dem Laufenden gehalten habe. Insofern erinnere sie erneut daran, dass der Landrat schon seit etlichen Wochen die Aufgabe übernommen habe, das

Gespräch beim Regierungspräsidenten zu organisieren. Leider sei dieses bisher ohne Erfolg gewesen, sodass man weiterhin auf den gemeinsamen Termin warten müsse.

Zur Vorlage erklärt Frau Dr. Kordfelder, dass die Verwaltung davon ausgehe, dass der Wechsel der Trägerschaft der städtischen Berufskollegs per Gesetz de facto schon stattgefunden habe, sodass der Kreis schon Träger der Berufskollegs sei. Deshalb sei es doch nur konsequent, den Beschluss lt. Vorlage zu fassen. Insofern müsse beim RP auch nicht mehr über eine Zwischenlösung verhandelt werden.

Herr Roscher bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Niehues und erklärt, wer dem Kreis Steinfurt unterstelle, beim Wirtschaftsstandort Rheine, bei der Bevölkerungszahl oder bei der verkehrlichen Anbindung für Schüler bewusst Entscheidungen zu treffen, die gegen die Berufskollegs in Rheine gerichtet seien, der unterstelle dem Kreis bewusstes schädliches Verhalten. Die SPD-Fraktion distanzieren sich von derartigen Vorwürfen.

Weiter stellt Herr Roscher fest, dass der Kreis schon per Gesetz Träger der Berufskollegs in Rheine sei. Wenn die Stadt Rheine und der Kreis Steinfurt sich jetzt einigen würden, dann könne der Regierungspräsident keine andere Auffassung vertreten. Insofern stehe die SPD-Fraktion auch zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Mit Blick auf das neue Schuljahr fordert Herr Holtel für die FDP-Fraktion, rechtzeitig vor dem 1. Oktober d. J. Klarheit in der Trägerschaft über die Berufskollegs zu schaffen. Daher sollte das angestrebte Gespräch zwischen Regierungspräsident, Landrat und der Bürgermeisterin noch vor den Sommerferien stattfinden. Herr Holtel geht davon aus, dass der Kreis Steinfurt den in diesem Gespräch zu vereinbarenden Weg mitgehen werde, sodass man den Kreis heute durch einen Beschluss nicht unter Zugzwang setzen sollte, insbesondere auch im Hinblick auf andere anstehende Entscheidungen, von denen Kreis und Stadt tangiert seien. Er plädiert dafür, zu einer einvernehmlichen Lösung mit dem Kreis zu kommen.

Für Herrn Wilp steht fest, dass diese Diskussion bezüglich der Übertragung der Trägerschaft der Berufskollegs nicht geführt würde, wenn es für die Stadt Rheine keine finanziellen Auswirkungen hätte. Der Rat der Stadt stehe hinter der Bildung von der U 3 bis zur beruflichen Aus- und Fortbildung. Die Fort- bzw. Weiterbildung würde in Rheine durch die Berufskollegs sichergestellt, die in der gesamten Region einen hervorragenden Ruf genießen würden. Es täte ihm in der Seele weh, wenn die Trägerschaft der Berufskollegs ohne Grund an den Kreis übertragen würde, denn was über 100 Jahre gut funktioniert habe, müsse man nicht ohne Grund ändern.

Natürlich sei eine Summe von ca. 700.000,00 € im Jahr ein Grund, über einen Trägerwechsel nachzudenken. Aber wenn in absehbarer Zeit über das GFG die Kommunen bei den Berufskollegs finanziell mit dem Kreis gleichgestellt würden, warum sollte die Stadt dann noch die Trägerschaft ohne Not abgeben. Er gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, welchen Gestaltungsspielraum der Träger habe und welche Wertschöpfung von den Berufskollegs in Rheine und Umgebung ausgehe.

Frau Dr. Kordfelder appelliert aufgrund der vielen Gespräche, die sie in der Vergangenheit mit dem Landrat geführt habe, mehr Vertrauen in die Kompetenz und

das Verantwortungsbewusstsein des Landrates für den gesamten Kreis zu setzen, wozu auch die Stadt Rheine zähle.

Herr Reiske bittet darum, die Diskussion mit Vorsicht zu führen und nicht nur aus finanziellen Aspekten, denn es gebe auch eine Verzahnung zwischen Mittelstand, Wirtschaft und Berufskollegs, die als Wert nicht zu unterschätzen sei. Insofern plädiere seine Fraktion dafür, das Gespräch mit dem Regierungspräsidenten zu führen und Punkt 2 des Beschlussvorschlages in der heutigen Ratssitzung zu beschließen.

Frau Nagelschmidt bezieht sich auf die Begründung der Vorlage und merkt an, dass aus schulfachlicher Sicht hieraus deutlich werde, wie wichtig es sei, dass die Trägerschaft des Berufskollegs bei der Stadt Rheine verbleibe. Nur so könne die Stadt ihren Einfluss z. B. auf die Einrichtung bestimmter Fachklassen weiterhin geltend machen.

Herr Mollen äußert, dass der Rat der Stadt im Augenblick spekulativ davon ausgehe, dass es eine Änderung in der Bezuschussung von Berufsschulen durch das GFG geben werde. Niemand könne aber prognostizieren, ob diese Änderung schon im Jahre 2011 zur Anwendung komme.

Anschließend beantragt Herr Mollen für die SPD-Fraktion eine kurze Sitzungsunterbrechung zur internen Beratung.

Herr Niehues gibt der SPD zu dieser internen Beratung den Hinweis mit auf den Weg, dass im Falle einer Beschlussfassung der Ziffer 1 des Beschlussvorschlages der Kreis in seiner Rechtsposition sagen werde, dass die bestehende Vereinbarung noch Gültigkeit habe. Dieses sei doch der Dissens zwischen dem Kreis und der Stadt Rheine. Diese Behauptung wende der Kreis doch nur an, weil die Übernahme der Trägerschaft für die Berufskollegs negative Auswirkungen auf den angespannten Kreishaushalt habe. Wenn der Kreis die Trägerschaft aus finanziellen Gründen ablehne, wüssten die Schüler des Berufskollegs im Oktober d. J. nicht, woran sie seien. Aus diesem Grunde sollte schnellstens das Gespräch mit dem RP geführt und das Ergebnis abgewartet werden. Die Rechtsposition, die der RP übernehme, lasse den Rat bei seiner Entscheidung über die Trägerschaft der Berufskollegs klarer sehen. Daher appelliert er nochmals an die SPD-Fraktion, heute nur dem Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zuzustimmen.

Frau Dr. Kordfelder weist nochmals darauf hin, dass es bei dem Gespräch mit dem Regierungspräsidenten nicht um die Wertung der unterschiedlichen Rechtsauffassungen, sondern um die Überlegungen zur Interimslösung gehe.

Herr Lütke-meier führt aus, dass er von der bisherigen Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt, was das Verhältnis und die Einstellung der Stadt Rheine zum Kreis bzw. zum Landrat angehe, in einer gewissen Art und Weise, insbesondere aber vor dem Hintergrund der unter einem vorherigen Tagesordnungspunkt angesprochenen Haushaltskonsolidierung und den damit verbundenen Erwartungen an den Kreis, erschüttert sei. Aus seiner Sicht sei es dringend erforderlich, bei diesen vielen Beratungspunkten gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln.

Ferner gibt Herr Lütke-meier zu bedenken, wer das Angebot an den Berufskollegs entwickle. Dieses sei doch, wie bei allen anderen Schulen, die Schulleitung. Bei

der Schulleitung handle es sich nicht um Bedienstete der Stadt, sondern um Bedienstete des Landes, die seitens des Rates nicht beeinflusst oder gelenkt werden könnten. Auch die Nähe zur Wirtschaft in dieser Region, wenn es um Inhalte der Berufskollegs gehe, werde durch die Schulleitung und nicht durch den Kreis bzw. die Stadt Rheine sichergestellt.

Seines Wissens würden die verschiedenen Angebote der Berufsschulen im gesamten Kreisgebiet in einer entsprechenden Arbeitsgruppe abgestimmt, an der die Stadt aber auch der Kreis beteiligt seien, sodass über die Entwicklung an den verschiedenen Standorten der jeweiligen Schulen Konsens herbeigeführt werde.

Aus der Vorlage sei eindeutig ersichtlich, dass das Gespräch mit dem RP von der Stadt Rheine eingefordert worden sei, und zwar nur vor dem Hintergrund des angedachten vorübergehenden Trägerwechsels. Da der Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der endgültigen Abgabe der Trägerschaft der Berufskollegs an den Kreis im Raume gestanden habe, sei es unzumutbar gewesen, das Gespräch mit dem RP bis zur heutigen Ratssitzung zu führen.

Auch aus Sicht von Herrn Lütkeemeier gebe es Zeitdruck in der Frage der Trägerschaft, denn der nächste Stichtag für die Schulstatistik sei der 15. Oktober 2010, der ggf. für eine Umfinanzierung im GFG 2011 maßgebend sei. Dieser Zeitraum sei für die erforderlichen Maßnahmen äußerst knapp.

Darüber hinaus gibt Herr Lütkeemeier zu bedenken, dass noch niemand vorhersehen könne, wie die Entscheidungen des Landes zum Ifo-Gutachten und zum GFG ausgehen würden.

Anschließend verweist Herr Lütkeemeier in seiner Funktion als Kämmerer auf Seite 5 der Vorlage, wo die Verwaltung deutlich gemacht habe, zu welchen Auswirkungen die derzeitige Regelung führe. Die Vereinbarung zwischen Stadt und Kreis sei rein fiskalisch betrachtet Schwachsinn, weil Kreis und Stadt im Ergebnis schlechter gestellt seien, als bei jeder anderen Lösung. Mit dem Kreis sei bislang vereinbart worden, dass nur zahlungswirksame Vorgänge miteinander verrechnet würden. Der städtische Anteil betrage jährlich 300.000,00 €, die zur Konsolidierung des städtischen Haushalts beitragen würden. Nicht zahlungswirksam seien hingegen die Abschreibungen, die den städtischen Haushalt nicht unerheblich zusätzlich belasten würden. Fiskalisch betrachtet und aus Sicht der dringend gebotenen Haushaltskonsolidierung für die Stadt sei ein Wechsel der Trägerschaft der Berufskollegs zum Kreis Steinfurt ohne Alternative, zumal es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handle.

Entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion unterbricht Frau Dr. Kordfelder um 21:15 Uhr die Ratssitzung und eröffnet sie erneut um 21:25 Uhr.

Herr Roscher erklärt, dass die SPD-Fraktion nach Abwägung aller Argumente aus der bisherigen Diskussion und der Tatsache, dass der Kreis im Jahre 2008 nur eine Abschlagszahlung und im Jahre 2009 noch keine Zahlung an die Stadt aus der bestehenden fiskalischen Vereinbarung geleistet habe, bei ihrer Zustimmung zum Beschlussvorschlag verbleibe, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Trägerschaft aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen derzeit schon beim Kreis Steinfurt liege. Die Verwaltung solle daher entsprechende Gespräche mit dem Kreis aufnehmen, für die gerade die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages sehr wichtig sei.

Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihren Überlegungen hin- und hergerissen sei. Gerade vor dem am kommenden Freitag angesetzten Gespräch mit der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde seine Fraktion sich heute der Stimme enthalten.

Herr Niehues bittet Frau Dr. Kordfelder, zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, nämlich nur Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zu beschließen, abstimmen zu lassen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, ein Gespräch mit der Bezirksregierung Münster über einen vorübergehenden Wechsel der Trägerschaft der städtischen Berufskollegs zum Kreis Steinfurt zu führen mit dem Ziel, die Trägerschaft wieder bei der Stadt Rheine anzusiedeln, sobald sich die finanziellen Umstände wiederum zugunsten der Stadt Rheine geändert haben (Umsetzung Ifo-Gutachten).

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen
 16 Nein-Stimmen
 5 Stimmenthaltungen

- 19. 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine,
 Kennwort: "Rheine R, Mesum - Nord, Gellendorf - Nord"**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadt
 Entwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Feststellungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 001/10

II – 1:44:05

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass die in der Vorlage unter Ziffern 2.6 und 2.7 fehlenden Abwägungsbeschlüsse durch eine Anlage zur Vorlage nachgereicht worden seien. Er bittet den Rat, diese Abwägungen bei der anstehenden Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Herr Dewenter merkt hierzu an, dass der Empfehlungsbeschluss des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ diese beiden Abwägungen bereits beinhalte.

Anschließend führt Herr Holtel aus, dass die FDP-Fraktion sehr wohl für eine Anbindung des Gewerbegebietes Rheine R sei, jedoch nicht in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante. Seine Fraktion habe besonders Bedenken bei der geplanten Querspange, die ökologische Probleme bei der Pflanzen- und Tierwelt auslösen werde, denn durch die geplante Wasserabsenkung für die Unterführung der B 481 sei mit großen ökologischen Schäden zu rechnen.

Auch sei bei dem geplanten Gewerbegebiet im südlichen Bereich durch den dort vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieb mit erheblichen Einschränkungen bei der gewerblichen Nutzung zu rechnen. Ferner werde durch die in diesem Bereich vermuteten Altlasten die künftige betriebliche Nutzung in diesem Areal stark eingeschränkt, sodass es kaum ansiedlungswillige Betriebe für diesen Bereich geben werde.

Daher lehne die FDP-Fraktion die Beschlussvorschläge ab.

Herr Kuhlmann macht darauf aufmerksam, dass es bei den heutigen Entscheidungen nicht um den Bebauungsplan, sondern um den Flächennutzungsplan gehe. Im übrigen sei es die FDP-Fraktion gewesen, die die Verwaltung seinerzeit beauftragt habe, alternative Erschließungspunkte zu errechnen. Dieser Auftrag sei abgearbeitet worden mit dem Ergebnis, dass beim Termin Einvernehmen geherrscht habe, dass die Ergebnisse eindeutig für die Querspange sprechen würden. Insofern könne er die jetzige Argumentation der FDP-Fraktion nicht nachvollziehen.

Herr Holtel entgegnet, dass die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Alternative nicht untersucht worden sei. Die Bewertung sei auch von der Verwaltung sehr willkürlich vorgenommen worden.

Herr Kuhlmann erinnert daran, dass die Bewertung nicht von der Verwaltung, sondern von einem Gutachter vorgenommen worden sei, der derartige Gutachten ständig erstelle. Die Verwaltung habe sich bei der Bepunktung auf den Gutachter verlassen und diese im Vorfeld mit ihm durchgesprochen.

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 005/09) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 005/09) und § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

III. Feststellungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 6 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW S. 380) wird die 15. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 1 Stimmenthaltung

- 20. 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine,
Kennwort: "Dechant-Römer-Straße / Schulten Sundern"**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Feststellungsbeschluss
Vorlage: 209 / 10

II – 1:50:40

Beschluss:

**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwick-
lungsausschusses "Planung und Umwelt"**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsaus-
schusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vor-
lage Nr. 005/08) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 209/10)
und § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt
hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses – die
vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung
betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Feststellungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 6 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der
Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert
durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 3316) sowie
der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO
NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S.
666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514) wer-
den die 17. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine, Kennwort:
„Dechant-Römer-Straße/Schulten Sundern“, und die Begründung hierzu be-
schlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 21. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr.250,
Kennwort: "Hörstkamp/ B 481", der Stadt Rheine**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadt
entwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 007 / 10

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

- 22. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr.140,
Kennwort: "Bevergener Straße - Nord", der Stadt Rheine**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadt
entwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 182 / 10

II – 1:51:20

Beschluss:

**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwick-
lungsausschusses "Planung und Umwelt"**

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsaus-
schusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vor-
lage Nr. 004/10) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 004/10)
und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nrn. 2
und 3 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum
allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfas-
sung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Be-
lange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fas-
sung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt
geändert durch Artikel 4 des Erbschaftssteuerreformgesetzes (ErbStRG) vom 24.
Dezember 2008 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung
für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntma-
chung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom
vom 30. Juni 2009 (GV. NRW S. 30 18) wird die 4. Änderung des Bebauungspla-
nes Nr. 140, Kennwort: "Bevergener Straße - Nord", der Stadt Rheine als Sat-
zung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 23. 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 295, Kennwort: "Wohn-
park Mesum"**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss
Vorlage: 208 / 10

II – 1:51:50

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 014/10) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 208/10) und § 4 Abs. 2 BauGB billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514) wird die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 295, Kennwort: "Wohnpark Mesum", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

24. Anfragen und Anregungen

II – 1:52:40

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 21:40 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer